

Plädoyer vor der Bürgerschaft für ein ziviles Bremen



Petra Kaiser und Katrin Lange von der „Initiative ziviles Bremen“ protestieren gestern vor dem Haus der Bürgerschaft gegen eine Verknüpfung von ziviler und militärischer Forschung. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Bremen (wk). Die „Initiative ziviles Bremen“ hat gestern vor dem Haus der Bürgerschaft eine deutliche Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung verlangt. Aktivisten machten auf das europäische Raumfahrtprogramm GMES aufmerksam, an dem mehrere Forschungseinrichtungen in Bremen beteiligt seien. Beim GMES-Programm (Global Monitoring for Environment and Security) gebe es Beispiele, dass neben der Umweltforschung „auch militärische Interessen und solche des militarisier- ten Grenzschutzes verfolgt werden“, er- klärte die Initiative. So setze die EU-Grenz- schutzagentur Frontex Satellitentechnik ein, um Flüchtlingsboote aufzuspüren.

Ursprünglich sollte gestern in der Bürger- schaft über GMES debattiert werden. Die Fraktion der Linken hatte eine Anfrage zum Thema „Beteiligung des Landes Bre- men am EU-Programm GMES“ einge- reicht, aber der Tagesordnungspunkt wurde verschoben.

Zur „Initiative ziviles Bremen“ gehören nach eigenen Angaben Forschende und Studierende sowie Mitarbeiter von Institu- ten und Umweltverbänden. Eine „Bremer Erklärung für zivile Forschung“ hätten rund 50 Bürger unterschrieben, darunter auch Uni-Professoren. In der Erklärung heißt es, einerseits brauche man Satelliten- technik, um etwa vor Unwettern zu warnen oder Umweltverbrechen aufzudecken. An- dererseits werde sie zur Abwehr von Flücht- lingen genutzt. „Wir befürchten, dass im Schlepptau ziviler Umweltforschung zu- nehmend auch militärische Programme ausgebaut werden“, schreibt die Initiative.

Plädoyer vor der Bürgerschaft für ein ziviles Bremen



Bremen (wk). Die „Initiative ziviles Bremen“ hat gestern vor dem Haus der Bürgerschaft eine deutliche Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung verlangt. Aktivisten machten auf das europäische Raumfahrtprogramm GMES aufmerksam, an dem mehrere Forschungseinrichtungen in Bremen beteiligt seien. Beim GMES-Programm (Global Monitoring for Environment and Security) gebe es Beispiele, dass neben der Umweltforschung „auch militärische Interessen und solche des militarisier-ten Grenzschutzes verfolgt werden“, erklärte die Initiative. So setze die EU-Grenzschutzagentur Frontex Satellitentechnik ein, um Flüchtlingsboote aufzuspüren.

Ursprünglich sollte gestern in der Bürgerschaft über GMES debattiert werden. Die Fraktion der Linken hatte eine Anfrage zum Thema „Beteiligung des Landes Bremen am EU-Programm GMES“ eingebracht, aber der Tagesordnungspunkt wurde verschoben.

Zur „Initiative ziviles Bremen“ gehören nach eigenen Angaben Forschende und Studierende sowie Mitarbeiter von Instituten und Umweltverbänden. Eine „Bremer Erklärung für zivile Forschung“ hätten rund 50 Bürger unterschrieben, darunter auch Uni-Professoren. In der Erklärung heißt es, einerseits brauche man Satellitentechnik, um etwa vor Unwettern zu warnen oder Umweltverbrechen aufzudecken. Andererseits werde sie zur Abwehr von Flüchtlingen genutzt. „Wir befürchten, dass im Schlepptau ziviler Umweltforschung zunehmend auch militärische Programme ausgebaut werden“, schreibt die Initiative.

Petra Kaiser und Katrin Lange von der „Initiative ziviles Bremen“ protestieren gestern vor dem Haus der Bürgerschaft gegen eine Verknüpfung von ziviler und militärischer Forschung. FOTO: FRANK THOMAS KOCH